Im Spannungsfeld von Kirchen und Staat

Über den Konflikt in der ukrainischen Orthodoxie

THOMAS MARK NÉMETH

© Barbara Mair

Thomas Mark Németh ist Professor für Theologie des christlichen Ostens an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien und Priester der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche

Am 10. März 2023 wurde die im Kyjiver Höhlenkloster angesiedelte Mönchsgemeinschaft der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) davon informiert, dass der Nutzungsvertrag wegen unrechtmäßiger Handlungen gekündigt werde. Vorgeworfen werden illegale Bautätigkeit und Restaurierung. Die Kirchen- und Klosterleitung habe deshalb das sich im staatlichen Eigentum befindliche Kloster bis zum 29. März zu räumen. Diese Anordnung, die derzeit für viel Diskussion sorgt, steht im Zusammenhang mit einem Ende 2022 vollzogenen Kurswechsel in der Religionspolitik der ukrainischen Staatsführung. Diese hatte sich unter Präsident Volodymyr Zelens'kyj auch nach dem Beginn der Februar-Invasion weitgehend aus den langjährigen innerorthodoxen Konflikten herausgehalten. Ab Oktober änderte sich die Lage: Angesichts von Kollaborationsvorwürfen wurden Razzien gegen Einrichtungen der UOK durchgeführt, Sanktionen gegen einige ihrer Vertreter erlassen und die Hauptkirchen des Höhlenklosters an großen Feiertagen nicht mehr der UOK, sondern der konkurrierenden OKU (Orthodoxen Kirche der Ukraine) zur Verfügung gestellt.

Die letztgenannte Kirche entstand 2018/19 aus einem Vereinigungsprozess von bis zu diesem Zeitpunkt nicht anerkannten orthodoxen Jurisdiktionen (sowie zweier Bischöfe der UOK) und wurde vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel als autokephal (also jurisdiktionell völlig unabhängig) anerkannt. Diese Entscheidung veranlasste das Moskauer Patriarchat (MP) zum Bruch der Kirchengemeinschaft mit Konstantinopel, was seitdem ein gesamtorthodoxes gemeinsames Handeln unmöglich macht. Nach der russischen Militärinvasion von 2022 haben sich alle Kirchen und Religionsgemeinschaften der Ukraine für die Verteidigung ihres Landes ausgesprochen. Dies gilt klarerweise für die patriotisch ausgerichtete OKU, auch für die zum Moskauer Patriarchat (MP) gehörende UOK, die verschiedene Flügel, darunter auch einen pro-russischen, aufweist. Angesichts von steigendem Druck – auch aus dem eigenen Klerus – hat die UOK auf einer Kirchenversammlung (Sobor) am 27. Mai 2022 ihre faktische Loslösung von ihrer Mutterkirche erklärt. Sie strich alle Bezüge zum MP aus ihrem Statut – bis auf einen einzigen, der weiterhin Fragen aufwirft. Die UOK wird jedenfalls sowohl im MP als auch in der Weltorthodoxie als ein Teil der russischen Orthodoxie angesehen. Dass die Kirchenführung der UOK auf Kollaborationsvorwürfe seitens des Staates mit Untätigkeit reagierte und Verschlossenheit sowie fehlende Dialogbereitschaft an den Tag legte, hat ebenso zu den erwähnten Maßnahmen beigetragen wie fehlender Wille zur Aufarbeitung ihrer problematischen Rolle in den letzten Jahrzehnten. Zwar brachten Razzien nur einzelne Fälle von Kollaboration zu Tage, doch wird diese Kirche in der Öffentlichkeit schon seit längerer Zeit als eine „soft power" des MP eingestuft. Der Krieg Russlands hat in der Ukraine die gesellschaftliche Meinung verstärkt, dass Strukturen dieses Patriarchats in der Ukraine keinen Platz haben sollten. Daher kommt es der Kirchenleitung der UOK sehr ungelegen, dass sie laut einer staatlich beauftragten Expertise weiterhin als Teil des MP zu betrachten ist.

Im Dezember 2022 hatte das ukrainische Verfassungsgericht eine Novelle zum Re-

ligionsgesetz von 1991 für verfassungskonform erklärt, der zufolge religiöse Organisationen, die ihr Zentrum in einem Aggressorstaat (also in Russland) haben, ihre Zugehörigkeit zu diesem Zentrum in ihrem Namen explizit auszuweisen hätten. In Hinblick auf internationale Standards für Religionsfreiheit werden hierzu Bedenken geäußert, wie auch bei einer Reihe von Gesetzesentwürfen, die faktisch gegen die UOK gerichtet sind. Chancen auf Umsetzung wird einem Gesetzesentwurf der Regierung eingeräumt, der in einem mehrstufigen Verfahren ein Verbot der Tätigkeit von Strukturen des MP vorsieht. Zwar sind in der Ukraine die Kirchen in ihrer Gesamtheit – im Unterschied zu ihren Gemeinden und Zentren – keine juristischen Personen, sodass sich ein vollständiges Verbot einer Kirche kaum durchsetzen ließe, Verbote könnten aber Leitungsstrukturen und Gemeinden treffen. Derartige Eingriffe sind allerdings gerade in einer Kriegssituation sehr heikel. Abgesehen von der Problematik politischer Einmischung in den kirchlichen Bereich könnte sich die Verstärkung eines religiösen Konflikts gerade jetzt für das Land als kontraproduktiv erweisen und Moskau in die Hände spielen. Dieses Thema wird denn auch vom Kreml und dem MP bereits als Argument vor internationalen Organisationen genutzt. Umgekehrt hat gerade die Leitung der UOK durch ihre Blockadetaktik wesentlich zur Konfrontation beigetragen und bestärkt jene Kräfte, die argumentieren, dass eine Abtrennung der „Tentakel Russlands" für die gesellschaftliche Konsolidierung mehr als geboten sei.

Auch im Zusammenhang mit dem Kyjiver Höhlenkloster stellt sich die Frage, weshalb die Kirchenleitung nicht in der Lage ist, suspekte Personen zu ersetzen und sich den Vorwürfen unrechtmäßigen Verhaltens zu stellen. Wichtig ist, dass künftige religionsrechtliche Regelungen den Menschenrechtsstandards entsprechen. Jedoch erscheint es mir – ganz im Unterschied zur Situation in den von Russland besetzten Gebieten – übertrieben, wenn manche eine Gefährdung der Religionsfreiheit in der Ukraine orten, gerade in Anbetracht der Bedrohung der nationalen Sicherheit in Kriegszeiten. Die Gefahr, dass politische Kräfte mit überzogenen generellen Maßnahmen zu einer Verfestigung von Konfliktkonstellationen beitragen, lässt sich freilich nicht von der Hand weisen. Auch ist es problematisch, wenn Maßnahmen gegen Kirchenvertreter die Gläubigen betreffen, die zum allergrößten Teil loyale Staatsbürger sind.

Bislang erfolglos waren Versuche aus dem Klerus der UOK, ihre Hierarchie zu einer unmissverständlichen Loslösung vom MP und zu einem Dialog mit der OKU zu bewegen. Deren Führung scheint jedoch nach einer staatsnahen Position zu streben und vertritt ähnlich wie ihre Konkurrentin ein exklusivistisches Modell. Erschwerend kommt hinzu, dass die Sakramente der OKU von der UOK offiziell nicht anerkannt werden und gesamtorthodoxe Mechanismen für eine Lösung derzeit fehlen. Obwohl sich eine Dialoggruppe aus Klerikern beider Kirchen gebildet und sich im Februar in Anwesenheit des Leiters der staatlichen Kultusabteilung Viktor Jelens'kyj getroffen hat, ist der Konflikt auf Ebene der Kirchenleitungen festgefahren. Eine Mediation oder Schritte in Richtung Annäherung scheinen freilich durch die Ereignisse rund um das Höhlenkloster wieder in weite Ferne gerückt. Die Führung der UOK setzt auf ihre Opferrolle, und es besteht die Gefahr, dass sich der Konflikt ausweitet. Der Staat steht vor der Aufgabe, den Balanceakt zwischen den verschiedenen Interessen zu wahren und eine politische Instrumentalisierung des Konflikts zu vermeiden. Obwohl eine Vereinigung beider Kirchen in absehbarer Zeit also unrealistisch ist, erscheint längerfristig ein Dialog zwischen ihnen angesichts einer zusammenrückenden ukrainischen Gesellschaft, aber auch in Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Kirchen unausweichlich. ■

■ Obwohl eine Vereinigung beider Kirchen in absehbarer Zeit unrealistisch ist, erscheint längerfristig ein Dialog angesichts einer zusammenrückenden ukrainischen Gesellschaft, aber auch in Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Kirchen unausweichlich

Dieser Artikel wurde am 20.3. fertiggestellt.